



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Ende der Zurückhaltung? Wie die Politik auf mehr Militäreinsätze einstimmt**

Bericht: Markus Zeidler, Nikolaus Steiner

Datum: 20.02.2014

Georg Restle: „Schneller, früher, effektiver - klingt fast so wie bei den Olympischen Spielen, aber dahinter verbirgt sich etwas ganz anderes. Wer dem Bundespräsidenten, der Verteidigungsministerin und dem Außenminister in den letzten Wochen ganz genau zugehört hat, der hat eine ungefähre Ahnung davon bekommen, wohin die außenpolitische Reise Deutschlands in den nächsten Jahren gehen soll. Deutschland soll künftig nicht mehr an der Außenlinie stehen, wenn es um die großen Kriege und Konflikte geht. Als seien Auslandseinsätze der Bundeswehr so etwas wie Fußballspiele. Und als sei der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr nicht gerade krachend gescheitert. Markus Zeidler und Nikolaus Steiner über außenpolitische Gedankenspiele, die sehr schnell Realität werden könnten.“

Hier, am friedlichen Schielowsee bei Potsdam beginnt eine Geschichte, bei der es um Krieg und Frieden geht. Im November 2012 trifft sich ein ausgewählter Kreis von Sicherheitsexperten, um über Deutschlands künftige Rolle in der Welt zu beraten. Man einigt sich auf ein Papier. „Neue Macht, Neue Verantwortung“, so der Titel. Das Papier teilt die Länder der Welt auf, in „Mitstreiter“, „Herausforderer“ und sogenannte „Störer“. Deutschland als Weltpolizist? Einer der Hauptinitiatoren, der Redenschreiber des Bundespräsidenten. Gut ein Jahr später - Ende Januar auf der Münchner Sicherheitskonferenz - reden deutsche Spitzenpolitiker erstmals Klartext. Ganz im Geiste des Papiers vom Schielow-See.

Joachim Gauck: „Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen.“

Ursula von der Leyen: „To sit and wait is not an option.“

Frank-Walter Steinmeier: „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“

Die politische Botschaft von München: Deutschland habe mehr Macht und müsse daher mehr Verantwortung übernehmen. Politisch, aber auch militärisch. Ivo Vajgl ist über diese Töne entsetzt. Er war Außenminister in Slowenien, Botschafter bei der OSZE. Heute sitzt er für die Liberalen im EU-Parlament. Der Sicherheits-Experte schätzte Deutschland stets, für seine Kultur der militärischen Zurückhaltung.

Ivo Vajgl, MdEP, ehem. Außenminister Slowenien (Übersetzung MONITOR): „Das ist ein Paradigmenwechsel. Von einem Land, das groß ist, wichtig und stark. Von einem Land, das immer von Frieden gesprochen hat. Und nun kommt dieses Land, das heute noch viel stärker ist, und spricht auf einmal eine vollkommen andere Sprache.“

Kritische Töne, wie man sie in den deutschen Medien kaum findet. Hier heißt es, Deutschland nimmt

Zitat: „Kurs auf die Welt“.

Andere jubeln ...

Zitat: „Die Zeit der außenpolitischen Bequemlichkeit ist vorbei.“,

Und manche behaupten gar ...

Zitat: „Deutsche wollen mehr Auslandseinsätze“.

Eine unzulässige Verengung der Münchener Reden auf das rein Militärische? Der US-Außenminister lässt bereits in München keinen Zweifel aufkommen, was er auch von den Deutschen bezüglich „mehr Verantwortung“ und „Führungswille“ erwartet.

John Kerry, US-Außenminister (01.02.2014) (Übersetzung MONITOR): „Führung, das sage ich Ihnen mit allem Respekt, bedeutet mehr, als sich in München zu treffen zum Diskutieren. Es braucht mehr als Worte.“

In Afghanistan und anderswo leistet Deutschland schon seit Jahren mehr als Worte. Deutsche Soldaten helfen, kämpfen, sterben. 1992 der erste Einsatz in Kambodscha. Es folgten Somalia,

die Einsätze auf dem Balkan und viele andere. Doch was bringen militärische Einsätze in den Konfliktherden dieser Welt?

Ivo Vajgl, MdEP, ehem. Außenminister Slowenien (Übersetzung MONITOR): „Es scheint manchmal einfacher, auf eine vermeintlich schnelle Lösung zu setzen, Bomben zu werfen, oder gut trainierte Soldaten zu schicken. Aber die Erfahrung lehrt uns, was passiert, wenn die Interventionen vorbei waren. Die Soldaten sind dann weg aus dem Land. Die Probleme blieben meist oder wurden sogar noch schlimmer.“

Beispiel Somalia, 1993. Der erste große Auslandseinsatz der Bundeswehr mit weit über 2.000 Soldaten. Ein erfolgloser Einsatz. Am Bürgerkrieg im Land konnten die Soldaten auch nichts ändern. Beispiel Libyen. Französische, britische und amerikanische Bomber fliegen Angriffe. Deutschland verweigert sich diesmal. Und die Bilanz? Libyen ist keine Diktatur mehr. Jetzt herrscht der Terror der Milizen. Und dann Afghanistan: Kabul im Jahr 2014. Ein Selbstmordanschlag, Alltag am Hindukusch. Während die deutschen Soldaten abziehen, eskaliert die Gewalt. Walther Stütze war Staatssekretär im Verteidigungsministerium, als der größte Militäreinsatz Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg begann. Die Mission, die er mitverantwortet hat, ist für ihn heute Mahnung, neuen Einsätzen höchst skeptisch zu begegnen.

Walther Stütze (SPD), Ehem. Verteidigungsstaatssekretär: „Da ist man hineingegangen mit der Erwartung, es werde sehr kurz sein, es werde sechs Monate dauern, es werde sich um Kabul und Umgebung handeln. Es werde sich darum handeln, den einheimischen Kräften auch den Aufbau von Polizei und Militär zu ermöglichen. Und was ist draus geworden? Ein über zehnjähriger Krieg. Da hat man sich vom militärischen Instrument ganz schön treiben lassen, unter der Überschrift Bündnissolidarität. Den Schaden besichtigen wir heute.“

Die Lehre aus Afghanistan und anderen Einsätzen - In den Münchner Reden hört man zu den bisherigen Interventionen keine kritischen Worte. Stattdessen:

Joachim Gauck / Frank-Walter Steinmeier: „Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner“ ... „Früher,“ ... „Entschiedener,“ „ Und substantieller“ ... „einbringen.“

Früher, entschiedener, substantieller einbringen, nicht nur, aber eben auch militärisch. Doch über Krieg und Frieden entscheidet in Deutschland das Parlament - nicht die Regierung. Dieser Parlamentsvorbehalt ist einigen in der Union offenbar schon lange ein Dorn im Auge. Deshalb soll jetzt eine Kommission klären, wann in Zukunft die Regierung auch ohne Parlament über Militäreinsätze entscheiden kann. Er begrüßt diese Kommission. Roderich Kiesewetter von der

CDU. Er war beteiligt an dem Schwielsee-Papier. Im Interview gibt er sich als Bewahrer des Parlamentsvorbehalts.

Roderich Kiesewetter (CDU) Bundestagsabgeordneter: „Ich stehe dafür, dass das Parlamentsbeteiligungsrecht nicht verwässert wird. Dass aber die Regierung innerhalb der Europäischen Union und auch der NATO ausreichend Rückendeckung vom Parlament bekommt. Und das wird eine spannende Aufgabe für die Kommission.“

Merkwürdig. In einem Strategiepapier aus dem Jahr 2012, mitverfasst von Roderich Kiesewetter, klingt das ganz anders: Notwendig sei eine Reform des Parlamentsvorbehalts. Es geht um deutsche Truppen in NATO- Und EU-Verbänden. Die Empfehlung des Papiers ist klar, ein radikaler Wandel.“

Zitat: „So obläge der Exekutive das ‚Einsatzrecht‘ und dem Bundestag als der Legislative das ‚Rückholrecht‘.“

Agnieszka Brugger (Bündnis90/Die Grünen), Verteidigungspolitische Sprecherin: „Wenn das Parlament bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr nur noch ein Rückholrecht hätte, dann fände ich das völlig falsch. Das Parlament würde sich damit nicht mehr selber entmachten, sondern es wird ja so auch sichergestellt, dass über die einzelnen Mandate sehr intensiv und fundiert beraten wird in den Ausschüssen, in den Plenardebatten. Und das finde ich gefährlich, das aufzugeben, weil so wird eine kritische Auseinandersetzung damit unterbunden.“

Weniger Parlament, mehr Militär? Die neue Außenpolitik der Bundesregierung hat längst die Konflikte in Afrika und anderswo im Blick. Mali und Somalia etwa - gescheiterte Staaten mit komplexen Konflikten. Und Soldaten sollen es richten?

Walther Stütze (SPD), Ehem. Verteidigungsstaatssekretär: „Wir müssen endlich begreifen - und darüber sollten wir auch mal im Deutschen Bundestag eine Debatte hören, die Länder, die eine Reform wollen und brauchen, müsse es aus eigener Kraft schaffen. Vielleicht kann man ihnen dabei helfen. Aber man kann das nicht herbeischießen.“
